

Antrag der Abgeordneten Dr. Buttman, Esser und Genossen betreffend Abhaltung der Winterolympiade 1936 in Garmisch-Partenkirchen (Beil. 216).

Berichterstatter: Dr. Wohlmuth.

Stellv. Mitberichterstatter: Esser.

B e r i c h t e r s t a t t e r

wartet zunächst die Stellungnahme der Staatsregierung zu dem vorliegenden Antrag ab. Vor allem sei es wünschenswert zu wissen, welche Schritte die Bayerische Staatsregierung bezüglich der Abhaltung der Winterolympiade¹⁹³⁶/in Garmisch - Partenkirchen bisher unternommen habe. Wenn, wie ihm mitgeteilt worden sei, die Staatsregierung bereits alles darangesetzt habe, sei der Antrag überflüssig. Im übrigen sei es angesichts der starken Konkurrenz nicht ausgeschlossen, daß die parlamentarische Behandlung dieser Frage den Interessen von Garmisch-Partenkirchen nur schädlich werden könne.

Stellv. Mitberichterstatter E s s e r

weist darauf hin, daß, obwohl sich der Reichsausschuß der Deutschen Sportbehörden unter Vorsitz des Staatssekretärs Lewald für die Vergebung der Winterolympiade 1936 nach Garmisch - Partenkirchen ausgesprochen habe, deren Abhaltung auf bayerischem Boden angesichts der schlesischen und neuerdings thüringischen Konkurrenz noch keineswegs gesichert sei. Von diesen Seiten werde gegen die Berücksichtigung von Garmisch-Partenkirchen in einer Weise Sturm gelaufen, die die Bayerische Staatsregierung zu raschestem Eingreifen und zu zielbewußter Propaganda zwingen müßte, wenn die in der Juli-Sitzung des Olympischen Komitees zu treffende endgültige Entscheidung zu

WA.19.HA.3.4.

Gunsten von Garmisch-Partenkirchen ausfallen sollte. Er schla-
ge deshalb vor, alsbald eine Persönlichkeit zu ernennen, die
in aller Oeffentlichkeit den Kampf für die bayerischen In-
teressen aufnehme.

S c h ä f f e r

stellt als Vertreter des Stimmkreises Garmisch-Partenkirchen
fest, daß in der Frage der Vergebung der Winterolympiade
1936 ein eigentlicher Anlaß zu einer Beunruhigung nicht be-
stehe. Der Olympia- Ausschuß sei vollkommen davon überzeugt,
daß die sachlichen Gründe nur für Garmisch- Partenkirchen
und nicht für Schreiberhau sprächen. Auch im Reichsinnen-
ministerium vertrete man die Ansicht, daß, wenn es gelänge,
die Frage aus der politischen Atmosphäre herauszunehmen und
sie einer sachlichen Entscheidung zu unterstellen, die
Schlacht für Garmisch-Partenkirchen gewonnen sei. Er habe
die Befürchtung, daß erst die parlamentarische Behandlung
dieser Angelegenheit zu einer wirklichen Gefahr für Garmisch-
Partenkirchen werde.

Ministerialrat von J a n

bittet seine Ausführungen vertraulich zu behandeln. Die
Bayerische Staatsregierung sei sich völlig klar darüber, daß
die Abhaltung der olympischen Winterspiele 1936 in Gar-
misch-Partenkirchen nicht nur für diese Winterkurorte, son-
dern für den gesamten bayerischen Wintersport von größter Be-
deutung sei. Diese Bedeutung liege zunächst einmal darin, daß
während der Wettkämpfe ein außerordentlich starker Fremden-
strom nach Garmisch-Partenkirchen gelenkt werde. Die weitere
Auswirkung müsse unter Umständen aber noch höher bewertet
werden: Das Interessé für den Kampfort beginne in der ganzen
Welt zu steigen, man sage sich, daß dieser Ort besonders gute
Sport- und Unterkunftsverhältnisse aufweisen müsse; während

Vertraulich!

WA.19.HA.3.5.

der Wettkämpfe verschwinde der Name des Kampfortes überhaupt nicht mehr aus den Spalten der Weltpresse und aus den Berichterstattungen des Rundfunks. In diesen Winterspielen sei also eine Weltreklame größten Stiles zu erblicken.

Als der Gedanke aufgetaucht sei, die olympischen Spiele 1936 in Deutschland abzuhalten, habe es die Bayerische Staatsregierung für ihre selbstverständliche Pflicht gehalten, mit allen Mitteln für die Abhaltung der olympischen Winterspiele im bayerischen Gebirge einzutreten. Schon vor Abhaltung der letztjährigen olympischen Spiele in Amerika seien Verhandlungen mit maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin eingeleitet und bis heute aufrecht erhalten worden. In diesen Bestrebungen sei die Staatsregierung von den verschiedensten Seiten, wie Presse, Fremdenverkehrsverband Südbayern, Landesverkehrsrat usw., aufs tatkräftigste unterstützt worden. Insbesondere mache er ^{auf} die Bemühungen des Herrn Staatsrats Schäffer als Vertreter des Stimmkreises Garmisch-Partenkirchen aufmerksam.

Die Beschlussfassung über den Ort der olympischen Spiele erfolge zunächst durch den Deutschen Olympia-Ausschuß, dessen Beschluß der Bestätigung durch den Internationalen Olympia-Ausschuß bedürfe. In der letzten Sitzung des Deutschen Olympia-Ausschusses sei beschlossen worden, die konkurrierenden Wintersportplätze zu besichtigen, damit nicht der Vorwurf erhoben werden könne, man habe ohne genügende Ortskenntnis entschieden. Die Entscheidung sei demnach nach sachlichen Gesichtspunkten sichergestellt. Garmisch-Partenkirchen brauche diese Besichtigung nicht zu befürchten. Seine sportlichen Einrichtungen seien durchaus auf der Höhe und, soweit sie für die olympischen Kämpfe noch einer Verbesserung be-

WA.19.HA.3.6.

dürften, durchaus verbesserungsfähig. Garmisch-Partenkirchen habe erst kürzlich wieder den Beweis geliefert, daß es für den Wintersport ganz besonders geeignet sei. Als erster Wintersportplatz habe Garmisch-Partenkirchen ein Schispringen auf der Talschanze bereits zu einer Zeit veranstalten können, wo andere Wintersportplätze noch keinen Schneefall hätten aufweisen können. Die Lage und Umgebung von Garmisch-Partenkirchen und die Möglichkeit, nach Abschluß der Wettkämpfe in der Nähe gelegene Winterkurorte aufzusuchen, ließen das Endergebnis nicht zweifelhaft erscheinen. Die Bayerische Staatsregierung werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, um die Entscheidung zu Gunsten von Garmisch-Partenkirchen herbeizuführen. Nach Besichtigung der in Betracht kommenden Wintersportplätze könne im übrigen gesagt werden, in welchem Sinne die endgültige Entscheidung falle.

D r e s s e l

lehnt namens seiner Partei wegen des der bürgerlichen Sportbewegung anhaftenden militärischen Charakters den vorliegenden Antrag ab, der übrigens, was die angebliche Hilfe für die Kleingewerbetreibenden anlangt, ein Wechsel auf eine sehr weite Sicht sei. In ihrer ablehnenden Stellungnahme werde seine Partei noch dadurch gestärkt, daß im Gegensatz zur bürgerlichen Sportbewegung dem Arbeitersport und insbesondere den kommunistischen Sportorganisationen jegliche Förderung brutal verweigert werde.

Stellv. Mitberichterstatter E s s e r

befürchtet, daß, wenn die Bayerische Staatsregierung nicht sofort eine Stelle schaffe, von der aus eine zielbewußte Propaganda für die Abhaltung der Winterolympiade in Bayern betrieben werde, die schlesische Ostmark mit ihren gewiß auch

Wa.19.HA.3.7.

47

nicht schlechten Gründen in der letzten Entscheidung doch noch zum Zuge komme. Die schlesische Presse entfalte im In- und Ausland eine fieberhafte Propagandatätigkeit. Französische und amerikanische Sportzeitungen enthielten umfangreiche Schilderungen über die Schönheiten des Erzgebirges. Der Wechsel auf weite Sicht habe für die in Betracht kommende Gebiete schon jetzt eine große Bedeutung; denn der Umstand, daß die olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen abgehalten würden, habe wegen der damit verbundenen Vorbereitungen bereits jetzt einen wirtschaftlichen Antrieb zur Folge.

B e r i c h t e r s t a t t e r

hält nach wie vor die Auffassung aufrecht, daß mit dem vorliegenden Antrag, dem natürlich zuzustimmen sei, den Interessen von Garmisch-Partenkirchen nicht gedient worden sei. Daß die bayerische Presse vollauf ihre Pflicht tue, könne im übrigen nicht bestritten werden. Er beantrage Zustimmung.

Der Antrag "Dr. Buttman, Esser und Genossen" auf Beil. 216 wird angenommen.